



Romane Aglonipe e.V.
- Roma in Niedersachsen -
c/o Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, D 30161 Hannover

LÄNDERABEND KOSOVO, 12.07.2012 **In Niedersachsen: Weiterhin gewissenhaftes Abschieben?**

10-12 Wochen **vor** der Reise einer Delegation des Niedersächsischen Landtages in den Kosovo lautete unsere Schlussfolgerung zu einem aktuellen Kosovo-Bericht: „Kosovo wird auf viele Jahre hin keine Lebensperspektive für Minderheiten-Angehörige bieten (können). Die Hauptleidtragenden sind die Kinder und Jugendlichen der deportierten Roma-Familien. Dieser Skandal der deutschen Innenpolitik bleibt auch 2012 absolut unakzeptabel: Als demokratisches Land in Europa mit einer starken humanitären Tradition brauchen wir in Deutschland ein neues Bleiberecht, damit langjährig hier lebende Flüchtlinge hier – in ihrer neuen Heimat – ihr Leben aktiv gestalten können“ (Dirk Auer: „Falsche Heimat“, Deutschlandfunk, 01.02.2011, über die Abschiebung von Roma in den Kosovo; mehr: <http://romatreffen.wordpress.com/2012/04/15/falsche-heimat-die-geschichte-der-hartherzigkeit-deutscher-innenministerien/>).

Der „**Länderabend Kosovo**“ bot am Donnerstag, 12.07.2012, **nach** der Reise der niedersächsischen Delegation vom 22.-26.04.2012 in den Kosovo eine Gelegenheit, Eindrücke und Schlussfolgerungen von Landtagsabgeordneten kennenzulernen, die sich an der Reise beteiligt hatten.

Konnte die Delegation mit einem positiven Gesamteindruck zurückkehren? Hat sich die ökonomische, soziale, menschenrechts- und sicherheitspolitische Situation für Minderheitenangehörige deutlich verbessert? Wird es den Abgeordneten jetzt leichter fallen, die Politik von Landesregierung und Innenministerium ohne Gewissensbisse zu unterstützen, die darauf abzielt, möglichst viele Angehörige der Roma-Minderheit aus der Region Kosovo im ehemaligen Jugoslawien, die als Flüchtlinge in Niedersachsen leben, in den neuen Staat Kosovo abzuschicken?

Der Vorsitzende der Ausschusses für Inneres und Sport, **Johann-Heinrich Ahlers** (CDU), der als Delegationsleiter zum Länderabend eingeladen war, teilte zwei Tage vor der Veranstaltung mit, das Anliegen eines Austausches und einer öffentlichen Bewertung der Reise-Eindrücke sei „eigentlich gut aber im Moment verfrüht“. Zunächst solle der protokollarische Bericht der Landtagsverwaltung vorliegen, von den Delegationsteilnehmern besprochen und anschließend im Ausschuss beraten werden. Danach sei eine öffentliche Podiumsdiskussion „sinnvoll“.

Da sich, soweit wir wissen, alle Landtagsfraktionen - bis auf die FDP - bereits geäußert haben, ist diese Antwort auf die Einladung zur Diskussion aus Sicht der Veranstalter irritierend, war Herr Ahlers doch der erste Reisende, der seine Meinung veröffentlichte: „Güntzler und Ahlers: Kosovarische Regierung bietet gute Reintegrationsmaßnahmen. Eindrücke der Kosovo-Reise in Ruhe auswerten“ (s.

auch: <http://www.fritz-guentzler.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=81>) lautete der Titel der Presseerklärung, die am 26.04., 12:22 Uhr, veröffentlicht wurde – kaum hatte die Delegation wieder niedersächsischen Boden unter den Füßen (oder war sie noch im Landeanflug?).

In dieser Presseinformation wurden die „Reintegrationsanstrengungen“ der kosovarischen Regierung, die „Hilfe“ der EU, der Vereinten Nationen und des Landes Niedersachsen und die „gute Arbeit“ des Projektes „URA 2“ gelobt: „In den Kosovo zurückgekehrte Menschen werden dort nicht alleine gelassen. Rückkehr ist immer ein Neuanfang, der nicht allen leicht fällt. Aber wir haben vor Ort erfahren, dass die Maßnahmen der Soforthilfe und die Reintegrationsangebote sinnvoll und hilfreich sind.“ Ob vielleicht Herr Güntzler, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, oder das Innenministerium diese Erklärung bereits vorbereitet hatten, entzieht sich unserer Kenntnis. Was diese Aussagen mit den vielfältigen und widersprüchlichen Eindrücken zu tun haben, die es für diejenigen bei dieser Reise gab, die Augen, Ohren und ihr Herz öffnen wollten, und zwar für die Situation der „Rückkehrer“ und der „Abgeschobenen“, bleibt das Geheimnis der Autoren-Gruppe. Leider war Herr Ahlers nicht willens, am 12.07. seine persönlichen Reiseeindrücke darzustellen.

Trotz des regierungsamtlichen Tenors der Erklärung von Herrn Ahlers und Herrn Güntzler seien Herrn Ahlers u.a. CDU-Mitreisenden sowie den Regierungsmitarbeitern in der Delegation die Lektüre eines Berichtes empfohlen, den **UNICEF** unter dem Titel „**Stilles Leid**“ im März 2012 veröffentlichte (<http://www.unicef.de/projekte/themen/kinderrechte/roma-kinder-aus-dem-kosovo/unicef-studie-stilles-leid/>).

In dieser Studie geht es um die Situation von Kindern, die mit ihren Familien nach Kosovo deportiert bzw. zur „freiwilligen Ausreise“ gezwungen wurden. Ein internationales Team aus Psychologen, Ärzten und Sozialwissenschaftlern hatte 164 Jungen und Mädchen sowie 131 Eltern befragt:

„Fast die Hälfte aller Jugendlichen (44,2 Prozent) leidet an Depressionen, ein Viertel (25,5 Prozent) berichtet von Gefühlen der Hoffnungslosigkeit und ein Fünftel (19,1 Prozent) empfindet das Leben als nicht lebenswert.

Ein Viertel (25,5 Prozent) hat Selbstmordgedanken, was in einer Region mit traditionell niedrigen Selbstmordraten außerordentlich hoch ist.

40 Prozent der Mädchen zwischen 6 und 14 Jahren hat große soziale Probleme, ein Drittel (33 Prozent) zeigt Symptome einer klinischen Depression, 35,2 Prozent leiden unter Angstzuständen.

Jedes dritte Kind zwischen 6 und 14 Jahren (29 Prozent) und jeder dritte Jugendliche (30,4 Prozent) in der Befragung leidet unter klinisch nachweisbaren posttraumatischen Belastungsstörungen und benötigt dringend psychiatrische Hilfe.

Zwei Drittel der befragten Kinder gehören einer ethnischen Minderheit an. Diskriminierung, Sprachbarrieren, fehlende soziale und psychologische Unterstützung im Kosovo verstärken die psychologischen Probleme.“

UNICEF: „Bei Abschiebungen oder Rückführungen von Flüchtlingen und Migranten werden das Kindeswohl und die seelische Gesundheit von Kindern nicht ausreichend beachtet. Dies ist das alarmierende Ergebnis der Studie“.

Die Aussagen der Pressemitteilung der CDU-Abgeordneten verblassen hinter solchen Ergebnissen: „In den Kosovo zurückgekehrte Menschen werden dort nicht alleine gelassen“ (Pressemitteilung, 26.04.2012) ???

Die drei Landtagsabgeordneten, die es einrichten konnten, beim Kosovo-Länderabend ihre Eindrücke vorzustellen, gehören zu den drei Oppositionsfraktionen im Landtag.

Pia Zimmermann (Die Linke, innenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Inneres und Sport)

Frau Zimmermann war bereits eine Woche vor Beginn der Delegationsreise ins Kosovo gestartet, um außerhalb der offiziellen Tour-Planung Gelegenheit zu Besuchen und ausführlichen Gesprächen zu haben. So besuchte sie Roma-Familien in Plementina und sprach in Bezug auf eine Arbeitslosigkeitsrate von 99% dort von „strukturellem Rassismus“. Viele Roma-Familien leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Im Gegensatz zum Bild des „aufstrebenden Kosovo“ herrsche bei vielen Roma-Familien ein großes Unsicherheitsgefühl.

Die Abgeordnete konnte sich ausführlich über die Situation von drei Familien informieren, die aus Deutschland abgeschoben worden waren und deren Lebensbedingungen sie auch den Gästen des Länderabends auf Fotos zeigen konnte: Familie Rama, Göttingen/Pristina; Familie Meta, Landkreis Cuxhaven/Gjakovo; Familie Cowaj, Bramsche/Plementina (s. auch Pressemitteilung vom 02.05.2012, <http://www.linksfraktion-niedersachsen.de/nc/presse/aktuell/detail/browse/2/kategorie/inneres/zurueck/aktuell-3/artikel/die-linke-reise-von-zimmermann-bestaetigt-katastrophale-lage-der-abgeschobenen-fluechtlinge-im-koso/>).

Details zu den Lebensbedingungen finden sich in der Pressemitteilung der Linken (02.05.12), Frau Zimmermann ist bereit, weitere Informationen mit einem etwa einstündigen Power-Point-Bericht vorzustellen.

Die Station Plementina wurde auf Drängen der Oppositionsfraktionen nachträglich in den Reiseplan aufgenommen, einige Delegationsmitglieder weigerten sich dann aber, die Lage vor Ort in Augenschein zu nehmen! Für sie entsprach der Eindruck aus dem Busfenster heraus weniger dem Bild der „Hilfe“ durch Deutschland und die EU als dem Klischee von „Schmutz und Unordnung in Roma-Siedlungen“. Warum die Mehrfamilienhäuser von Plementina auf unwirtlichem Gelände in einem desolaten Zustand waren, interessierte sie nicht.

Sigrid Leuschner (SPD, stellvertretende innenpolitische Sprecherin der SPD und Mitglied im Ausschuss für Inneres und Sport)

Frau Leuschner wies einleitend auf die Abfolge von Kosovo-Reisen aus Niedersachsen hin: 2005 Innenministerium + SPD und Grüne, 2009

Innenministerium allein, bei der 3. Reise 2012 nun alle Fraktionen außer der FDP, Innenministerium + externe Mitreisende aus Kommunen und NGO - an Stelle eines Presse-Trosses. Zur Vorgeschichte zählt für sie auch die gemeinsame Initiative der Oppositionsfraktionen gegen Frauenhandel, der zusammen mit medica Kosova entwickelt wurde.

Auch diese Abgeordnete wies auf die Aufbau-Stimmung im Kosovo hin: Pristina sei eine „pulsierende Stadt – allerdings ohne Arbeitsplätze“. Mit über 95% Arbeitslosigkeit bei der Roma-Minderheit existiere hier ein „institutioneller Rassismus“. Hätten sich bereits lange im Kosovo lebende Roma in schwierigsten Bedingungen ein Kontaktnetz aufbauen können, seien „Rückkehrer“ komplett ohne soziales Netz (s. auch: Pressemitteilung vom 27.04.2012, <http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/ltf/docs/meldungen/359886.php>)

Für Frau Leuschner waren besonders die Gespräche mit KFOR und der Stadtverwaltung Fushe Kosova wichtig, die nachdrücklich forderten, keine Abschiebungen durchzuführen, da keinerlei Auffangmöglichkeiten bestünden. KFOR habe sehr deutlich erklärt, dass es „keine Garantie für die Sicherheit 'rückkehrender' Roma“ gäbe. Im Hinblick auf Frauenrechte machte die Abgeordnete deutlich, dass es bei aller „oberflächlichen Modernität“ „mittelalterlich anmutende Moralvorstellungen“ gebe, die Frauen und Mädchen ein gleichberechtigtes Leben nicht ermöglichen.

Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen, migrationspolitische Sprecherin ihrer Fraktion)

Frau Polat hatte Ergebnisse ihrer ersten Kosovo-Reise 2006 unter dem Titel „Kosovo – unterschiedliche Wahrheiten eines jungen Staates“ veröffentlicht. Charakteristisch für die europäische Politik ist ihrer Ansicht nach 2012 die Zielsetzung der europäischen Außenpolitik, Kosovos Aufbau zu stützen, wohingegen die Innenpolitik europäischer Länder destabilisierend wirke: Kosovo als junger Staat mit einem hohen Anteil junger Bevölkerung und starken ethnischen Konflikten berge viel sozialen Sprengstoff. In dieser Situation sollten laut Rückkehrabkommen 2008 in ein Land mit ca. 1,4 Mio. EinwohnerInnen jährlich bis zu 5.000 Flüchtlinge allein aus der Bundesrepublik zwangsweise abgeschoben werden!

Als belastend empfand die Abgeordnete besonders die vorurteilsgeladene Einstellung einzelner Delegationsmitglieder. Es habe starke Spannungen in der Reisegruppe gegeben, was u.a. zu einer routierenden Gesprächsleitung bei den Treffen vor Ort geführt habe. In Situationen, in denen bei der gesamten Delegation Empathie für das Schicksal abgeschobener Roma hätte entstehen können, habe stets der Mitarbeiter des Innenministeriums auf „Leistungen“ zu „Reintegration“ hingewiesen und damit bei regierungskonformen Delegations-TeilnehmerInnen jede Infragestellung der Abschiebungspolitik unterbunden. Neben den Gesprächen mit der Europa-Ministerin, Regierungsvertretern und Experten für Bildung hob Polat die Äußerungen der Leiterin einer psychiatrischen Klinik hervor: Für die angemessene Behandlung fehlten nach Aussage der Ärztin moderne Medikamente u.a. Ressourcen. Für etwa 600.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gebe es einen einzigen Kinderpsychologen (s. auch: Presseerklärung vom 27.04.2012,

http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/presse/dok/409/409421.gruene_fuer_generellen_abschiebe_stopp_in.html).

Erklärtes Ziel aller Bemühungen der kosovarischen Behörden ist es laut Polat, alle Voraussetzungen für eine Visa-Liberalisierung herzustellen. Daher gäbe es einen „Reintegrationsplan“, einen besonderen Fonds zusätzlich zu den Mitteln der URA, dessen Förderung aber laut einer neuen UNICEF-Studie Ende 2011 aber nur zu 10% abgerufen worden sei: Sechs Ministerien seien mit der Abwicklung beschäftigt! Jetzt sollten die Anträge auf Fördermittel über die Kommunen abgewickelt werden, was eine neue gesamte Verzögerung von ca. einem ganzen Jahr mit sich bringen würde.

Sofern die CDU-Haltung bestehen bleibe, „Reintegrationshilfe“ finde für alle „Rückkehrer“ statt, gäbe es keine Basis, einen Abschiebestopp gesetzlich zu verankern, der ja gerade auf eine generelle Bedrohungs- oder Verfolgungssituatiuon reagieren müsse. Welchen Stellenwert solche „Hilfen“ hätten, illustrierte Frau Polat am Beispiel eines (dreimonatigen) Friseurinnen-Ausbildungskurses in der Mitrovica-Mahala: Auf ihre Frage, wo Roma-KursteilnehmerInnen anschließend Arbeit finden könnten, habe sie zur Antwort erhalten, nicht in Mitrovica, vielleicht im serbisch kontrollierten Gebiet. Und bei der „Roma-Klasse“ in einer Grundschule sei der Lehrer von Serbien finanziert gewesen.

Hedwig Mehring, Mitarbeiterin des Caritas-Verbandes Hildesheim, erläuterte nach den Berichten und der Diskussion zentrale Forderungen der „Aktion Bleiberecht“, die von Caritas, Diakonie und Pro Asyl bundesweit getragen wird:

Eine stichtagsfreie, gesetzliche Bleiberechtsregelung, die auch humanitären Kriterien genügt; eine Gleichbehandlung gesellschaftlich wichtiger Aufgaben wie Kindererziehung oder Pflege Angehöriger mit Erwerbstätigkeit; Orientierung der Anforderungen an erwerbstätige Personen an deren Möglichkeiten (jahrelanger Ausschluss vom Arbeitsmarkt, keine Qualifizierungschancen); Verzicht auf restriktive Ausschlussgründe, insbesondere bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht; Gewährleistung der Familieneinheit etc.

mehr: www.aktion-bleiberecht.de

Im Hinblick auf den notwendigen Streit um Aufenthaltstitel für langjährig hier lebende Flüchtlinge, für Familien mit Kindern und Jugendlichen, bieten diese Forderungen eine gute Basis, um die Breite der Proteste zu verstärken. Die Herbst-Konferenz der Innenminister sollte sich damit befassen.

Das Fazit zum Bericht „Falsche Heimat“ müssen wir auch ca. 10 Wochen **nach** der Delegationsreise weiterhin mit Nachdruck vertreten. Die Berichte der Landtagsabgeordneten Polat (Bündnis 90/Die Grünen), Leuschner (SPD) und Zimmermann (Die Linke) beim Kosovo-Länderabend am 12.07.2012 lassen keinen anderen Schluss zu – und Berichte der Regierungs-Koalition aus CDU und FDP wurden nicht zur Verfügung gestellt:

Abschiebungen von Roma in den Kosovo sind für die Betroffenen Deportationen ins Niemandsland.

Hauptleidtragende sind die Kinder und Jugendlichen, die in den vielen Jahren des Lebens ihrer Familien in Niedersachsen hier ihre Heimat gefunden haben, Freunde, MitschülerInnen, Ausbildungschancen. Wie sich ihre Entwurzelung mit christlichen Grundsätzen und einer Politik des Menschenrechtsschutzes vereinbaren lassen, bleibt auch in Zukunft das Geheimnis der CDU-FDP-Regierungskoalition in Niedersachsen.

Beim Kosovo-Länderabend am 12.07.2012 haben die Verantwortlichen dazu nicht Stellung nehmen wollen.